

eben so vollkommen ausgebeutet worden wie im vorigen Jahre in dem der Demokratie, und persönliche Einwirkungen haben auch das ihrige gethan. — Sollte demnach nicht alle Voraussicht trügen, so wird die Mehrzahl der Wahlmännerwahlen unserer Stadt im Sinne der gemäßigt konstitutionellen Partei ausfallen. Die mir bis jetzt zugekommenen Berichte über die bereits statt gefundenen Wahlen bestärken mich in dieser Ansicht.

Die s. g. demokratische Partei hat sich fast erst am Vorabend der Wahlen gerührt. In einer vergangenen Freitag abgehaltenen großen Urwählerversammlung wurde die zu beobachtende Taktik bei den Wahloperationen berathschlagt und beschloffen. Die Abhaltung von Urwählerversammlungen in sämtlichen 70 Wahlbezirken wurde für gestern festgestellt und für heute ein Protest aufgestellt, welcher vor statt gefundener Wahl von sämtlichen demokratischen Urwählern unterschrieben, dem Wahlkommissar überreicht werden sollte, worin die Unterzeichner sich gegen die Konsequenzen verwahren, die aus ihrem Eingehen auf die Wahlen nach der oftroyirten Verfassung vom 5. Dezember und dem späteren Wahlgesetze gezogen werden könnten, und worin sie das Gesetz vom 6. April v. J. als noch zu Recht bestehend erklären.

Laut eingegangenen Nachrichten aus dem benachbarten Mülheim sind die dort vorgenommenen Wahlmänner-Wahlen fast ausschließlich im Sinne der s. g. Demokratie ausgefallen.

Einige Mitglieder unseres Stadtrathes haben es endlich im Bunde mit der öffentlichen Meinung so weit gebracht, daß die Sitzungen dieser Korporation dem Publikum geöffnet werden. — Nächsten Donnerstag wird die erste öffentliche Sitzung in einem neu hergestellten Saale stattfinden, der einen Raum für etwa 50 Zuhörer übrig läßt. Es ist dadurch dem längst gefühlten Bedürfnisse des Kölners abgeholfen, sich von dem Wirken seiner städtischen Vertreter persönlich überzeugen zu können.

† **Magdeburg**, 18. Jan. Trotz dem Geschrei der s. g. Demokraten und trotz dem, daß sie den letzten Präsidenten der Nationalversammlung, den Regierungsrath v. Unruh, als einen Hauptwähler darzustellen gesucht, hat dieser sich doch von der Gesellschaft zurückgezogen und sich in den Kreis der constitutionell gesinnten Männer gestellt. Heute hat sich Hr. v. Unruh in der hiesigen Zeitung darüber, und über die bestimmte Annahme der Verfassung vom 5. Decbr. 1848 unbedingt ausgesprochen. In dieser Beziehung schreibt derselbe Folgendes:

„Die Verfassung vom 5. Dez. ist nicht auf dem verfassungsmäßigen Wege, also nicht auf dem Wege des Rechts entstanden: sie ist octroyirt; aber das Land hat diese Thatfache anerkannt; sie schreitet zu den Wahlen, und die Thatfache wird vollendet, indem die Abgeordneten sich zu zwei Kammern nach den Wahlgesetzen vom 6. Dez. wählen lassen und in Berlin in zwei Kammern erscheinen. Darin liegt keine Anerkennung eines Rechts der Krone, im Dezember eine Verfassung octroyirt zu haben und daher im März eine andere zu octroyiren, wenn die vom 5. Dez. vielleicht nicht behagen sollte; aber die Thatfachen haben auch ihr Recht, das Recht des Bestehenden, des Vorhandenen, noch dazu gestützt von der Gewalt, von der materiellen Macht. Von der Erklärung: die Verfassung ist ungültig, die Wahlgesetze sind ungültig, ist die eigentlich strenge Konsequenz: die Abgeordneten gehen unmittelbar nach dieser Erklärung nach Hause und verlangen lediglich die Einberufung einer National-Versammlung auf Grund des Gesetzes vom 8. April. Es liegt zu sehr auf der flachen Hand, daß die Krone hierauf nicht eingeht und eben so wenig die erste Kammer. Die Folge würde also die Auflösung und — vielleicht eine nochmalige Octroyirung, namentlich eines anderen Wahlgesetzes für die zweite Kammer sein. Dieser Weg hieße der Aristokratie geradezu in die Hand arbeiten. Es handelt sich aber nach meiner Ueberzeugung darum, die Rechte festzustellen, welche die octroyirte Verfassung gewährt oder übrig läßt, die Mittel zur politischen Hebung des Volkes also die Pressefreiheit, das Vereinigungsrecht, das Wahlgesetz für die zweite Kammer zu verteidigen, eine gute Gemeinde-, Kreis- und Bezirksordnung zu schaffen; also zu revidiren, wie das Programm des constitutionellen Wahl-Ausschusses erklärt.“

Diese Erklärung geht zwar von unrichtigen Bordersätzen aus, allein dessen ungeachtet sind uns ihre Schlussfolgerungen willkommen. Denn soll die Volksfreiheit wachsen und das wahre Wohl des Volkes sich festigen, so muß das Unterwühlen alles Bestehenden, das Aufsehen und Aufreiben alles bis jetzt Gefeßigten, das Streben die in jedem Staate immer vorhandenen, und auch wenn sie gewaltsam unterdrückt worden, stets wiederkehrenden Gliederungen zu vernichten — mit einem Worte, die Lust am Einreißen ohne die Kraft zum Aufbauen, muß endlich ihr Ende finden.

E. **Frankfurt**, 16. Jan. Die österreichische Frage hat hier seit Wochen alles in Spannung und Aufregung erhalten, und noch jetzt, wo die so entscheidend wichtige Oberhauptsfrage verhandelt wird, ist das Interesse fast mehr noch auf jene, als auf diese gerichtet. Es wird daher von Interesse sein, einen Rückblick auf den historischen Gang zu werfen.

Von Gagern ging schon bei der Verhandlung über das Reich, wo es sich darum handelte, Deutschland aus dem bisherigen Staatenbund in einen Bundesstaat umzuschaffen, wie jetzt von folgenden Grundsätzen aus:

Die Erschütterungen, die Deutschland im verfloffenen Frühjahr erfahren hat, haben ihren hauptsächlichlichen Grund darin, daß Deutschland in den europäischen Weltbündeln die Stellung einnehmen wollte, die ihm an und für sich gebührt, und die ihm bis jetzt gänzlich verweigert war. Es muß daher statt des alten Bundesstaates eine einheitliche starke Gewalt, statt des lagen Staatenbundes ein Bundesstaat eintreten, der eine und dieselbe Politik für ganz Deutschland, sowohl in inneren, namentlich in gewerblichen und Handelsbeziehungen, als in äußeren Fragen befolgt. Es kann nicht ferner der eine Theil von Deutschland diese, der andere jene Politik in großen gemeinsamen Fragen befolgen. Hieraus folgt, daß kein Theil des Bundesstaates zugleich Theil eines andern Staates sein kann. Wenn Oestreich daher ein Gesamtstaat bleiben will — und es ist sowohl für Deutschland, als für ganz Europa nothwendig, daß Oestreich eine starke, große Weltmacht bleibt — so kann es mit seinen zu Deutschland gehörigen Provinzen nicht in den Bundesstaat eintreten, indem es die Politik, die Regierungsgrundsätze befolgen muß, welche nicht die Vertreter Deutschlands, sondern des Gesamtstaates Oestreichs befolgen. Oestreich bleibt daher in dem bisherigen, durch einen neuen Vertrag, und zwar wo möglich enger als bisher festzustellenden Bundesverhältnis, während das übrige Deutschland sich zu einem Bundesstaat umformt.

Damals fand diese Idee wenig Anklang. Oestreich war zu der Zeit in einer Lage, wo viele glaubten, es werde kein Gesamtstaat bleiben oder werden; die nicht deutschen Bestandtheile Oestreichs daher mit diesen durch bloße Personal-Union verbunden werden könnten. Durch die Siege Oestreichs in Italien, die Unterdrückung des Wiener Aufstandes, die Verhältnisse zu Ungarn änderte sich indeß diese Sachlage. Durch das Programm von Kremser wurde der entschiedene Wille, daß Oestreich ein Gesamtstaat sein und bleiben wolle, ausgesprochen, und dies mit Beifall sowohl vom österreichischen Reichstage, als der öffentlichen Meinung in Oestreich aufgenommen. Das Reichsministerium, dessen Leiter damals noch v. Schmerling war, trat nun, die Nothwendigkeit dieses Verhältnisses fühlend, mit einem dem v. Gagern'schen Programm im Wesentlichen gleichkommenden Antrage hervor, der jedoch nicht an die Nationalversammlung gekommen, sondern nur in den verschiedenen Klubs verhandelt ist. Die verschiedenen Fraktionen des Centrums äußerten ein Bedenken gegen v. Schmerling und gaben eine Art Mißtrauensvotum gegen ihn. — v. Schmerling hat nachher namentlich in Wien so offen erklärt, daß er vor Allem Oestreicher sei, und in diesem Sinne stets gehandelt habe, daß dieses Mißtrauen gerade da, wo es sich um Feststellung des Verhältnisses Oestreichs handelt, gewiß gerechtfertigt erscheint; vielleicht war es aber damals nicht motivirt oder nicht politisch, wenigstens bemächtigten sich von diesem Augenblicke an die Leidenschaften der Frage. Es wurde als ein Kampf der Preußen gegen die Oestreicher dargestellt. Als v. Gagern darauf mit seinem Programme hervortrat, wurde es mit entschiedener Ungunst aufgenommen; es fehlte nicht viel, so wäre es durch Tagesordnung beseitigt. In der zur Begutachtung desselben gewählten Commission waren 11 entschiedene Gegner und nur 4 Vertheidiger. Die großartigen Reden v. Gagern's, deren Eindruck durch seine Persönlichkeit und den mächtig ergreifenden Ton seiner Sprache unermesslich war, führten die Diskussion von den Persönlichkeiten und Angriffen der verschiedenen Stämme gegen einander auf das wahre Gebiet, das Wohl und die Größe des Vaterlandes zurück. So groß auch die Erbitterung der Parteien war, so sehr auch mit Verdächtigungen aller Art gekämpft wurde, auf ihn wagte Niemand auch nur den Schatten der Verdächtigung zu werfen. Ihm ist ohne Zweifel der Erfolg zu danken. Möge auch das Resultat seiner Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden! In der Oberhauptsfrage hält man für unzweifelhaft, daß sich die absolute Majorität für die Einheit aussprechen wird; wie die Frage der Erblichkeit entschieden wird, ist sehr zweifelhaft. Die Linke ist natürlich dagegen, und auch die Oestreicher würden dagegen stimmen, um Oestreich den Rücktritt in das Reich offen zu halten.

## Italien.

**Rom**, 9. Januar. Die Exkommunikationsdrohung beginnt ganz in der Stille ihre Wirkung zu äußern; ein passiver Widerstand gegen die Konstituante, wenn auch zu offener Opposition der Muth fehlt, fängt an, sich zu organisiren. So eben wird im Corso ein Dekret der „Regierungs-Kommission für den römischen Staat“ (so nennt sich das Ministerium seit dem Rücktritte der Staatsjunta) angeschlagen, durch welches, da die Municipalität von Rom zu sehr mit anderweitigen Arbeiten und Beforgungen belastet sei (? dieselbe besteht aus hundert Mitgliedern!), zur Vorbereitung und Leitung der Wahlen eine eigene Kommission von Bürgern